



Tagesordnung I Punkt 5 der öffentlichen Sitzung am 16. Februar 2017

Antrags-Nr. 17-F-02-0002

Videoüberwachung und Sicherheit in Wiesbaden - Antrag der CDU-Fraktion vom 07.02.2017

Im Wiesbadener Kurier vom 14. Januar 2017 hat der Wiesbadener Polizeipräsident Stefan Müller für die Erneuerung der Videoüberwachung am Bahnhofsvorplatz plädiert.

Eine veraltete Anlage zu unterhalten, macht keinen Sinn und in Anbetracht dessen, dass im Jahr 2016 64 Straftaten in diesem Bereich registriert wurden, sollte die Videoüberwachung dringend auf den neuesten Stand gebracht werden. Gleichfalls sollten die weiteren Vorschläge des Polizeipräsidenten, die eine Installation von Videoüberwachung auch an anderen Plätzen vorsehen, geprüft werden.

Da die Videoüberwachung aber immer nur eine sinnvolle Ergänzung der Polizeiarbeit und der Aufgaben des Ordnungsamtes darstellt, müssen auch diese originären Bereiche gestärkt werden. Die Abteilung Stadtpolizei ist gemeinsam mit der Landespolizei für die Gewährleistung der Sicherheit der Menschen in Wiesbaden zuständig. Das Aufgabenspektrum der Stadtpolizei ist in den vergangenen Jahren immer breiter geworden und der Vielzahl der Anfragen und Wünsche nach Vorkehrungen und Maßnahmen für mehr Sicherheit und Ordnung auch aus den Ortsbeiräten kann nicht mehr vollumfänglich Folge geleistet werden. Daher muss auch die Landeshauptstadt Wiesbaden im Sinne ihrer Bürgerinnen und Bürger einen stärkeren Beitrag für mehr Sicherheit leisten.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest, dass die Stadtpolizei mit ihrem derzeitigen Personalbestand die gestiegenen Aufgaben und Anforderungen sowie den Erwartungen seitens der Wiesbadener Bürgerinnen und Bürger nicht mehr vollumfänglich erfüllen kann. Der Magistrat wird gebeten darzulegen, welche personelle und materielle Ausstattung notwendig ist, um den gestiegenen gesetzlichen und gesellschaftlichen Veränderungen Rechnung zu tragen.
2. Der Magistrat wird darüber hinaus gebeten,
 - a. stark frequentierte öffentliche Plätze mit Kameras überwachen und bereits vorhandene Videoüberwachungseinrichtungen auf den neuesten technischen Stand bringen zu lassen,
 - b. die Präsenz der Stadtpolizei in der Öffentlichkeit durch verstärkten Streifendienst zu erhöhen.

Beschluss Nr. 0063

Der Antrag der CDU-Fraktion vom 07.02.2017 betr.

Videoüberwachung und Sicherheit in Wiesbaden

Seite 2 des Beschlusses 0063 vom 16. Februar 2017

wird zur weiteren Beratung und endgültigen Beschlussfassung an den Haupt- und Finanzausschuss überwiesen.

1. Dem Vorsitzenden des Haupt- und Finanzausschusses mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .02.2017

2. Dem Magistrat mit der Bitte um weitere Veranlassung

Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .02.2017

Dezernat VII
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Gerich
Oberbürgermeister